

Die Linke Leverkusen

Herr Oberbürgermeister
Stefan Hebbel
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Die Linke Leverkusen
Gerichtsstr. 12
51379 Leverkusen

Keneth Dietrich

Telefon: 017656703293
keneth.dietrich@
die-linke-leverkusen.de
www.die-linke-leverkusen.de

Leverkusen, den 21.09.2026

**Anfrage: Mögliche Auswirkungen der Umsetzung des Arbeitspapiers von
Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden in der Stadt
Leverkusen.**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebbel,
die Fraktion Die Linke bittet die Verwaltung um schriftliche Beantwortung der folgenden
Fragen und um Weiterleitung der Antworten an den Rat sowie die zuständigen
Fachausschüsse.

Fragen:

1. Welche Bundesmittel für die Kindertagesbetreuung erhält die Stadt Leverkusen
derzeit und wofür werden diese Mittel eingesetzt?
2. Wie bewertet die Verwaltung den Vorschlag, Bundesmittel für
Kindertageseinrichtungen künftig ohne verbindliche Anbindung an Qualitätskriterien
und zu vergeben und auf ein Qualitätssicherungsgesetz zu verzichten? Welche
Folgen könnte dies für die Leverkusener Kitas haben?
3. Wie bewertet die Verwaltung mögliche Absenkungen beim Personalumfang und
beim Betreuungsumfang vor dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftemangels?
Wie viele Leverkusener Einrichtungen mussten im Kita-Jahr 2025/26 wegen
Personalmangels zeitweise Betreuungszeiten oder Gruppenangebote einschränken?
4. Wie beurteilt die Verwaltung eine stärkere Öffnung für Quereinsteiger*innen und die
Anerkennung weiterer Berufsabschlüsse als Zugangsvoraussetzung für die Arbeit in
Kindertageseinrichtungen, und wie soll dabei sichergestellt werden, dass
pädagogische Qualität, Fachkräftestandards und Kinderschutz in den Leverkusener
Einrichtungen gewahrt bleiben?
5. Wie bewertet die Verwaltung mögliche Vereinfachungen bei der Erteilung von
Betriebserlaubnissen oder Einschränkungen der Aufsicht? Welche Mindeststandards
hält sie für unverzichtbar?

Begründung:

Der Paritätische Gesamtverband veröffentlichte im April 2026 ein bis dahin internes Arbeitspapier von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden. Darin werden zahlreiche Einsparvorschläge für die Kinder- und Jugendhilfe diskutiert. Für den Kita-Bereich betreffen sie unter anderem die Bindung von Bundesmitteln an Qualitätsstandards, den Personal- und Betreuungsumfang, den Einsatz weiterer Berufsgruppen sowie Betriebserlaubnisse und Aufsicht. Es handelt sich bislang um Vorschläge, nicht um beschlossene Änderungen.

Die Fraktion Die Linke betrachtet diese Vorschläge mit großer Sorge. Kinder dürfen nicht zum Gegenstand haushaltspolitischer Einsparungen werden. Gerade sie können sich gegen schlechtere Betreuung, größere Gruppen oder sinkende Qualitätsstandards nicht selbst wehren. Besonders hart würden solche Verschlechterungen Kinder aus einkommensarmen Familien, Kinder mit besonderem Förderbedarf und Alleinerziehende treffen. Wo private Ausweichmöglichkeiten fehlen, verschärft ein Rückzug der öffentlichen Hand bestehende soziale Ungleichheiten.

Kindertageseinrichtungen sind ein unverzichtbarer Teil der sozialen Infrastruktur. Gute frühkindliche Bildung setzt ausreichend qualifiziertes Personal, bedarfsgerechte Betreuungszeiten und verlässliche Standards beim Kinderschutz voraus. Betreuungsausfälle werden häufig von den Eltern und dabei noch immer überwiegend von Frauen aufgefangen. Für Die Linke ist es deshalb unerlässlich, frühzeitig zu klären, welche konkreten Folgen die diskutierten Vorschläge für Leverkusen hätten und welche Position die Stadt hierzu vertritt. Eine solidarische Kommune muss gerade diejenigen schützen, die ihre Interessen nicht selbst durchsetzen können, und sich rechtzeitig gegen Verschlechterungen zulasten von Kindern, Familien und Beschäftigten stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Keneth Dietrich
Fraktionsvorsitzender

Nur mit Links: Sozial. Gerecht. Friedlich.